

Rede Eva Bulling-Schröter

Marxistische Konferenz am 10. November 2012 im München

- Klima- und Energiepolitik -

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, zunächst möchte ich mich vorstellen. Mein Name ist Eva Bulling-Schröter. Ich bin umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Parlaments.

In drei Wochen reise ich nach Katar. In dem Wüstenstaat findet dieses Jahr die UN-Klimakonferenz statt. Darum zunächst ein paar Worte zur internationalen Klimapolitik. Schließlich ist der Schutz der Erdatmosphäre ein globales Problem.

UN-Klimakonferenzen haben kein guten Ruf. Während die Staaten nunmehr seit zwanzig Jahren verhandeln, sind die globalen Emissionen in dieser Zeit um 50 Prozent gestiegen.

Das Ziel, die globale Erwärmung auf zwei Grad über vorindustriellen Werten zu begrenzen, ist kaum noch zu schaffen.

Die Staaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, werden in diesem Jahr zusammen zwar das Emissionsziel von minus 5,2 Prozent gegenüber 1990 erreichen. Sie machen aber gegenwärtig nur noch weniger als 20 Prozent der globalen Emissionen aus. Den Rest verursachen die USA sowie China, Indien und die anderen Schwellen- und Entwicklungsländer.

So kommt es, dass das Kyoto-Abkommen erfüllt werden wird – auch übrigens durch den Zusammenbruch der osteuropäischen Industrien – die Weltemissionen aber weit über dem damaligen Niveau liegen.

Darum als erstes die Frage, ob die Reise nach Katar nicht von vornherein verschleudertes Geld ist. Oder anders formuliert: Wie sinnvoll ist es, auf den alljährlichen Auftrieb der internationalen Klimadiplomatie zu setzen?

Zumal in einer Welt, die letztlich vom Profit und Wachstumswahn angetrieben und beherrscht wird?

Wurden geplante Kohlekraftwerke denn nicht vielmehr durch Widerstand vor Ort, als durch internationale Abkommen verhindert? Haben die erneuerbaren Energien nicht jenseits der Spitzendiplomatie ihre Erfolgsgeschichte geschrieben? Ist es nicht logisch, dass sich die UN-Verhandler höchstens auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner einigen?

Und tatsächlich würden die bislang von der UNO mittels Klingelbeutel eingesammelten Minderungsangebote der einzelnen Länder zu einer globalen Erderwärmung von rund 3,5

Grad führen. Weil sich die Kontinente mehr, und die Meere weniger als der Durchschnitt aufheizen, wären dies über Lande zirka 5 Grad plus. Die Welt, wie wir sie kennen, gäbe es nicht mehr.

Kein Wunder, dass sich Aktivisten wie etwa Tazio Müller vom antikapitalistischen Protestnetzwerk "Climate Justice Action" in ihrer Ablehnung der UN-Klimaverhandlungen betätigt sehen.

Für ihn können Klimagipfel von vorherein zu keiner gerechten Lösung der Klimakrise beitragen. Ein faires, rechtsverbindliches und ambitioniertes Abkommen sei eine Illusion unter den gegebenen Machtverhältnissen.

Aber auch der leider viel zu früh verstorbene linke Sozialdemokrat und Eurosolar-Chef Hermann Scheer sah im Post-Kyoto-Prozess vor allem eine Sackgasse.

Auf Ebene der Vereinten Nationen unter allen beteiligten Regierungen einen Handlungskonsens für ein einheitliches Klima-Weltregime zu finden sei aussichtslos - die Ausgangsbedingungen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern seien einfach zu verschieden.

Das richtige Vorgehen wäre vielmehr, den grundlegenden Wechsel der Energiebasis nicht als Last, sondern als Chance zu verstehen. Und die müsse in jedem einzelnen Land unter den jeweiligen konkreten volkswirtschaftlichen Bedingungen ergriffen werden, und nicht von der UN verordnet.

Sollte man also den UN-Klimagipfel im Dezember von vorherein abschreiben?

Ich meine nicht, denn eine druckvolle Zivilgesellschaft gegen die fortgesetzte Verbrennung von Kohle und Öl ist unerlässlich. Sie kann jedoch genauso wenig internationale Verhandlungen ersetzen, wie kluge nationale Klimaschutzstrategien pro Sonne, Wind und Wasser. Beide Elemente sind im Übrigen Voraussetzung dafür, damit sich auch auf dem internationalen Parkett etwas bewegt.

Auf UN-Ebene muss ein Vertrag her, der mehr Klimagerechtigkeit zumindest möglich macht. Nicht nur mit ambitionierten Minderungszielen für die Hauptemittenten von Klimakillern.

Genauso wichtig sind Finanztransfers, die es den wachsenden Ökonomien des globalen Südens ermöglichen, die fossile Phase ihrer Entwicklung zu überspringen oder schneller hinter sich zu lassen.

Zudem muss der Norden ärmeren Staaten jene Schäden bezahlen, die die bereits unvermeidliche Erderwärmung mit sich bringt.

All dies steht bereits seit der UN-Konferenz von Bali auf der Agenda der UN-Klimaverhandlungen. Es wäre vollkommen absurd, diese Bringpflicht der Industrieländer nun

nicht mehr vertraglich einfordern zu wollen, weil die bisherigen Verhandlungen für ein Kyoto-Nachfolgeprotokoll weitgehend gescheitert sind.

Die einzige Chance, sie wenigstens zu einem Teil einzulösen, führt über den UN-Prozess. Sonst gibt's gar nichts.

Dennoch ist die nach dem Kater von Kopenhagen durchgeführte Strategiekorrektur vieler NGOs nur zu begrüßen. So arbeitet man sich bei der aktionistischen Linken oder beim Netzwerk Klima-Allianz mit den stets knappen Ressourcen heute weniger an den großen UN-Konferenzen ab als früher.

Sie wollen vielmehr als bislang lokal den Druck auf Energiekonzerne und Regierungen erhöhen. Das demonstrieren sie etwa in den Klimacamps in Brandenburg oder NRW.

Stromwechselkampagnen und Kraftwerksblockaden vor Ort, statt monatelanger Vorbereitungen für Megademonstrationen vor Konferenzhallen in fernen Ländern - dies könnte unter dem Strich tatsächlich mehr bringen. Und zwar für die Energiewende zu Hause und auch für die Klimaverhandlungen auf internationaler Ebene.

Als Begründung darf ich die Marx'sche Dialektik von Basis und Überbau bemühen. Ich habe sie so verstanden: Die ökonomischen Grundlagen einer Gesellschaft einerseits und die politischen, juristischen und kulturellen Strukturen andererseits bedingen sich wechselseitig, wobei erstere das Primat haben.

Ins Praktische übersetzt, werden Regierungschefs bei internationalen Klimaverhandlungen in der Regel nur das verkünden, wofür sie zu Hause keine Prügel beziehen.

Zum einen von ihren tatsächlichen oder potentiellen Wählern, zum anderen aber vor allem von jenen wirtschaftlichen Kräften, die sie stützen. Umso besser es also der fortschrittlichen Öffentlichkeit im jeweiligen Land gelingt, gegen den überkommene fossil-atomaren Sektor anzugehen und alternativen Versorgungsstrukturen den Weg zu bahnen, um so größer wird auch der Verhandlungsspielraum ihrer Regierung im UN-Prozess.

Der Antrieb zum Strukturwandel kommt zunehmend aus dem Stromsektor selbst. Erreicht beispielsweise die naturgemäß schwankende Einspeisung von Ökostrom ins Netz ein bestimmtes Niveau, braucht das Versorgungssystem zur Stabilisierung Kraftwerke, die Extreme abfedern können. Etwa von Starkwinden oder Flauten bei der Windkraft. Dazu eignen sich vor allem Gaskraftwerke; sie können zügig hoch- und runtergefahren werden.

Die riesigen Atom- und Kohlemeiler sind dazu jedoch kaum in der Lage.

Sie müssen aus Sicherheitsgründen oder wegen der Wirtschaftlichkeit überwiegend in der Nähe der Vollast fahren. Für schnelle Lastwechsel sind sie zu technisch zu träge.

Spätestens wenn die Marke von einem Drittel Erneuerbaren im Netz überschritten wird, gibt es ein gravierendes systematisches Problem mit den alten Großkraftwerken.

Ökostrom mag anfangs von Idealisten vorangetrieben worden sein. Heute ist er, wenn man bei Marx bleiben will, neue Produktivkraft:

Der zunächst umweltpolitisch getriebene Ausbau erzwingt eine grundsätzlich neue Regulierung, das Erneuerbare-Energien-Gesetz war nur der Anfang dafür.

Hinter dieser Entwicklung steht nicht nur die Branche der Regenerativen und ihrer Beschäftigten. Dahinter sammeln sich auch relevante Teile der stahlverarbeitenden Industrie oder der Steuerungstechnik. Sie verdienen mit Windkraft und Co. gutes Geld.

Damit überträgt sich der Anspruch, wirkungsvolle Klimaschutzziele zu formulieren, keine neuen Kohlekraftwerke zu dulden und Atomenergien den Kampf anzusagen, auf eine wirtschaftlich potente Basis.

Dies wiederum stützt jene Kräfte in der Politik, die bei den UN-Konferenzen für ein wirkungsvolles Abkommen eintreten.

Umgekehrt können die internationalen Klimaverhandlungen – auch wenn sie zunächst wenig erfolgreich sind – nationale Klimaschutzpolitikstrategien befördern. Schon der Verweis auf Kyoto lieferte NGOs und zukunftsfähigen Industriezweigen Argumente, um Druck auf die nationalen Regierungen aufbauen zu können.

Vergleichbares ist auf Ebene der EU – bei allen Mängeln, Teilrückschlägen und Vollzugsdefiziten - beispielsweise im Wassersektor zu besichtigen.

Sowohl die Abwasser-, also auch die Wasserrahmenrichtlinie haben in einigen Staaten überhaupt erst breitere und folgenreiche Debatten über ungeklärte Abwässer und verbaute Flüsse ausgelöst.

Die EU-Gesetzgebung hier hat sich in Jahrzehnten schrittweise entwickelt, der kleinste gemeinsame Nenner wurde immer umweltfreundlicher. Ähnliche Beispiele liefern der Immissionsschutz oder die Naturschutzgesetzgebung.

Na klar, das Ganze ist alles andere als ein Selbstläufer und Rollbacks sind immer möglich. Gerade die FDP versucht momentan, das EEG zu kippen, um die Energiewende zu verzögern.

Zudem sind gerade im Energiebereich - und noch stärker im Transportsektor - die zu überwindenden Widerstände ungleich größer als bei den so genannten End-off-Pipe-Technologien oder beim Landschaftsschutz. Hier geht es quasi um Blut des kapitalistischen Wirtschaftens.

Ehrlicherweise geht's beim Auto neben blockierten Alternativen - etwa eines attraktiven öffentlichen Verkehrs - vielfach auch schlicht auch um satte Bequemlichkeit. Dennoch werden über kurz oder lang nicht nur die Erderwärmung, sondern auch Verfügbarkeit und Kosten fossiler Brennstoffe jene Dynamiken verstärken, die hin zu einem neuen Energiesystem führen.

Die Frage ist, ob noch genug Zeit bleibt, umzusteuern.

Nimmt man den Zeitfaktor ernst, ist klar, dass Konzepte, man müsse erst den Kapitalismus überwinden, bevor das Klimaproblem gelöst werden kann, eine vollkommen wertlose, ja gefährliche Leerformel sind.

Wer mit einigermaßen offenen Augen durch die Welt geht, wird gegenwärtig nirgends eine gesellschaftliche Mehrheit für einen Wechsel des Gesellschaftssystems entdecken. Die Proteste in Südeuropa sind zwar soziale Proteste. Aber machen wir uns nichts vor: Den Kapitalismus abschaffen, wollen selbst bei dieser Perversion, wie wir sie heute erleben, nur wenige.

Ohnehin sind die Konzepte dafür eher unausgegoren, um es vorsichtig auszudrücken.

Darum mag die Analyse, eine nachhaltige Entwicklung ist unter diesen profitdominierten System nicht möglich, theoretisch richtig sein oder nicht.

Allein sie nutzt nichts.

Denn das Klimaproblem muss nicht in vierzig/fünfzig Jahren gelöst werden, sondern – was die Weichenstellungen betrifft bereits in dieser Dekade!

Es bleibt gar nichts anderes übrig, als sich hier und heute mit aller Kraft für einen Wechsel des Energiesystems einzusetzen.

Das ist dann noch lange keine gerechte, solidarische und emanzipatorische Gesellschaft.

Aber es ist ein Weg, der

- erstens, Schritte dahin aufzeigt,
- zweitens, ein Weg, für den eine gesellschaftliche Mehrheit da ist,
- und drittens, der einzige Weg, der im gegebenen Zeitfenster wenigstens potentiell den Klimawandel begrenzen kann.

Angesichts dessen, dass der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen bedroht – gerade im globalen Süden – ist es schon eine Frage der ethischen Verantwortung, sich als linke Partei in der konkreten Klimaschutzpolitik zu engagieren. Und zwar hier und heute, und nicht irgendwann.

Aus diesem Grunde muss eine verantwortliche linke Politik den Weg nicht nur begleiten oder irgendwie sozial absichern. Nein, sie muss sie mit eigenen Konzepten und in Verbindung mit der Bewegung forcieren!

Das vertrete ich, auch wenn ich der These Raul Zelik's, die er auf unserer Plan-B-Konferenz Ende Oktober referiert hat, ausdrücklich zustimme.

Er weist darauf hin, dass jede emanzipatorische Veränderung –Selbstbestimmung, Umweltschutz, betriebliche Mitbestimmung – im Kapitalismus auch eine Fremdfunktion zu erfüllen hat. Veränderungen könnten sich in der Regel dann durchsetzen, wenn sie zumindest mittelfristig auch dazu beitragen, die kapitalistische Verwertung zu intensivieren.

Die Bundesregierung forcieren die Energiewende auch nicht zuletzt deshalb, weil sich hier ein Wachstumsmarkt eröffne, auf dem sich deutsche Technologieunternehmen neu positionieren könnten.

Umweltschutz sei okay, weil er sich in Wert setzen lässt, so Raul Zelik.

Damit hat er recht. Es ist aber kein Argument gegen ein umweltpolitisches Engagement in Bund, Ländern und Kommunen. Auch Zelik sieht das nicht so.

Seine Argumentation erinnert jedoch daran: Wir müssen immer auch über antikapitalistische Strategien, über Macht und Gegenmacht reden, wenn wir linke Energie- und Klimapolitik betreiben. Darum ist es viel zu wenig, hier nur auf rechtliche Rahmenbedingungen zu setzen. So hat beispielsweise nichts mehr den Atomausstieg voran gebracht, als die Antiatombewegung.

Dass aber auch Parlamente gelegentlich eine enorme Transformationskraft entfalten können, zeigt das deutsche Erneuerbare- Energien-Gesetz. Mit seinen drei Säulen - Einspeisevorrang für Ökostrom, garantierte Vergütungssätze über in der Regel zwanzig Jahre sowie jährliche Degression dieser Sätze für Neuanlagen - ist es das Rückgrat der Energiewende im Strombereich.

Und genau darum wird es gerade heftig bekämpft. Denn es hat dafür gesorgt, dass den großen Versorgern mittlerweile ein Viertel des Strommarkts abgejagt werden konnte.

Die Ausbaudynamik ist atemberaubend, manchmal irrwitzig. Inzwischen haben die Bundesländer bis 2020 in der Summe fast doppelt so hohe Ausbauziele für regenerativen Strom, wie die Bundesregierung.

Acht Bundesländer wollen mittels des Ausbaus Stromexport-Bundesland werden, die anderen acht – das geht in der Bilanz nicht ganz auf - streben im Strombereich Autarkie an – selbst Bayern, für das Erneuerbare vor kurzem noch Teufelszeug waren.

Diese Entwicklung macht deutlich: Die Länder wollen an Wertschöpfung und Beschäftigung durch die Regenerativen beteiligt werden. Sie bekommen fast Panik, zu wenig zum Zuge zu kommen.

Die Koalition verweist dagegen darauf, dass der Netzausbau mit diesem Tempo nicht Schritt halten könne. Sie will nun den Ausbau begrenzen, was wir verhindern müssen.

Ich meine, das mit den überlasteten Netzen ist eine Frage der Ansicht.

Denn parallel zum Ökostromboom hat die Kohleverstromung im letzten Jahr nicht ab-, sondern zugenommen. Unter anderem weil der Emissionshandel als Lenkungsinstrument versagt hat.

Wenn aber Kohlestrom die Leitungen verstopft, dann ist kaum noch Platz für Ökostrom. Das sollte im Übrigen nicht nur Herr Altmaier, sondern auch das LINKE Brandenburger Wirtschaftsministerium begreifen.

Braun- und Steinkohlestrom ist das vorerst Netzproblem, nicht der Wandel.

Die Bundesregierung will also verzögern, verschleppen, bremsen. Und zwar deshalb, weil sie den fossil-atomaren Bereich so langsam wie möglich runter zu fahren will.

Dagegen ist anzukämpfen. Wegen dem drohenden Klimawandel, und weil das antimonopolistische Politik ist.

Sie ist antimonopolistisch, aber nicht zwingend antikapitalistisch. Man sollte hier auf dem Teppich bleiben. Denn das EEG wird vor allem von kleinen und mittelständischen Privatunternehmen genutzt.

„Eine Millionen Erzeuger, statt vier“ – so lautet ein Slogan aus unserem Plan-B-Konzept – bedeutet eben nicht automatisch kollektive oder vergesellschaftete Produktion. Jedenfalls nicht im klassischen Sinne.

Vorerst profitieren davon engagierte Einzelne, die sich Solarzellen aufs Dach schrauben, genauso wie Windkraftfonds Oldenburger Zahnärzte, die nicht wohin wissen, mit ihrer Kohle.

Aber alle zusammen betreiben mit ihrem Investment letztlich Klimaschutz und untergraben die Macht von RWE, Vattenfall und Co. Und das ist zunächst einmal ein Fortschritt.

Weniger fortschrittlich sind allerdings teilweise die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen, die Photovoltaik- oder Windkraftanlagen herstellen.

In einigen Unternehmen gibt es zwar mittlerweile Betriebsräte. Auch das gewerkschaftlich erkämpfte Tarifsystem wird nicht mehr überall unterlaufen.

Die skurrile Mischung aus hemdsärmeligem kolonialen Habitus und "Freunde, wir sitzen doch alle in einem Boot", welche nicht selten Firmenphilosophie aufstrebender Mittelständler ist, wurde etwas zurück gedrängt.

Nicht zuletzt wohl auch deshalb, weil das Geschäft mit dem umweltfreundlichen, aber noch teurer herzustellenden Ökostrom einzig durch strikte staatliche Regularien funktioniert.

Dennoch, allzu vieles liegt im Argen. Das zeigt das Beispiel Bremen. Die Windenergiebranche verdient hier gutes Geld, neuerdings auch mit Offshore-Vorhaben in der Nordsee. Die riesigen Turbinen-Gondeln, Rotoren und Masten erfordern hochspezialisierte Fachleute und finanzstarke Unternehmen.

Man möchte denken, im Wind-Maschinenbau herrschten für die Beschäftigten anständige Bedingungen. Doch 20 Prozent der ArbeitnehmerInnen sind Leiharbeiter – mit steigender Tendenz. Und das, obwohl nur ein von 37 Unternehmen in diesem Jahr mit sinkenden Umsätzen rechnet, dagegen 20 mit Wachstum planen.

Fazit:

In Teilen der Windkraftbranche herrscht in Sachen Interessenvertretung und soziale Sicherheit Mittelalter. Bei den Solarfirmen dürfte es nicht besser aussehen.

Kein Wunder, dass IG Metall, Verdi und Bergbaugewerkschaft gelegentlich darauf hinweisen, die Manager von RWE & Co sorgten weit besser für ihre Beschäftigten, als etliche smarte Bosse der Ökostrombranche.

Kein Wunder, dass Belegschaften im Kraftwerk Jänschwalde oder in den Tagebauen Drumherum fest mit Geschäftsführern von Vattenfall in einer Reihe stehen. Sie lachen Umweltschützer wie Windmüller aus.

Hier gibt es also jede Menge Arbeit für Linke und Gewerkschaften. Auch die Verbände der erneuerbaren Energien müssen diese soziale Blindstelle endlich erkennen und aktiv werden!

Zunehmend nutzen übrigens Kommunen das EEG und andere Instrumente der Energiewende.

Sie können mit diesem Engagement Zentren von Beschäftigung, Mitbestimmung und regionaler Wertschöpfung sein.

Darum setzt sich die LINKE für Netze in öffentlicher Hand und Rekommunalisierung wichtiger Erzeugungsanlagen ein. Gerade Stadtwerke und Gemeinden können eine maßgebliche Rolle bei der Energiewende spielen - wenn sie die Mittel dafür haben.

Sie können regional die Strom- mit der Wärmeproduktion verbinden und so Schwankungen beim Ökostromangebot ausgleichen. Dafür werden sie bald Wärmespeicher betreiben, und künftig auch Großspeicher für Strom.

Sie können zudem Bauern vor Ort für die Biomasseverstromung einbinden. Und sie können den Gewinn aus all diesen Aktivitäten in soziale und kulturelle Projekte stecken. Denn dort ist er besser aufgehoben als bei den Aktionären von RWE und Co.

Nicht zuletzt können sie die Energieeffizienz glaubhafter vorantreiben, als die großen Energieversorger, für die jede eingesparte Kilowattstunde ein Übel ist.

Natürlich kostet die Energiewende Geld. Und dass auch hier Etwaches im Argen liegt, konnten wir in den letzten Wochen auf Seite Eins von Bild bis taz lesen.

So hat die EEG-Umlage, mit der - im betriebswirtschaftlichen Sinn - die Mehrkosten des Ökostroms auf die Verbraucher umgelegt wird, tatsächlich eine soziale Schieflage, die man aber korrigieren kann.

Zum ist sie ungerecht, weil sie wie eine indirekte Steuer wirkt, vergleichbar mit der Umsatzsteuer. Solche Steuern und Umlagen belasten in der Tendenz aber ärmere Haushalte stärker als reiche. Denn erstere haben eine höhere Konsumquote.

Die Konsequenz daraus war für die Bundestagsfraktion, zu fordern, die Stromsteuer weitgehend abzuschaffen. Denn sie hat eine ebenso miese Verteilungswirkung, dazu aber kaum eine ökologische Lenkungswirkung.

Das EEG hingegen leistet jeden Tag einen Beitrag zur Ablösung des überkommenen Energiesystems und seiner Konzerne.

Die zweite Schieflage sind die überbordenden Ausnahmen für die energieintensive Industrie. Und die gibt's nicht nur beim EEG.

Fakt ist: Der Haushalts-Strompreis ist seit dem Jahr 2000 vier mal so schnell gestiegen, wie der Verbraucherpreisindex. Eine vierköpfige Familie zahlt heute jährlich- inflationsbereinigt - rund 260 Euro mehr als damals. Fakt ist aber auch, dass daran die Umlage für die Erneuerbaren nur einen Anteil von etwa 30 Prozent hat. Und selbst davon hat ein Viertel nichts mit Ökostrom zu tun.

Der übrige Strompreisanstieg geht vielmehr aufs Konto einer Mischung von Marktmacht, von großzügigen Privilegien für die Industrie sowie von Steuern.

Diese Schieflage begann bereits unter Rotgrün.

Die Ökosteuer wurde ja seinerzeit mit der Absenkung der Rentenbeiträge verbunden, was vor allem hohen Einkommen nutzt. Parallel wurde die energieintensive Industrie vollständig von der Steuer befreit, der Rest der größeren Unternehmen über den Spitzenausgleich.

Mit beidem wurde eine einflussreiche Lobby ruhig gestellt: Die Sozialdemokraten konnten bei der großen Industrie punkten, die Grünen bei gut verdienenden Akademikern. Arme Familien zahlen dagegen bis heute drauf!

Als die PDS damals den sozialen Ausgleich einforderte, welchen SPD und Grüne versprochenen hatten, wurde sie von beiden als Ökobremser beschimpft!

Wenig später hatte Rotgrün zwar immer noch keine Ideen für einen Ausgleich. Dafür aber für neue Privilegien für die energieintensive Industrie.

Die ersten Ausnahmen bei der EEG-Umlage waren später ein Werk von Jürgen Trittin und Sigmar Gabriel.

Auch die kostenlose Vergabe der CO₂-Emissionsrechte wurde unter Rotgrün eingefädelt. Milliarden gehen dadurch den Haushalten verloren, während sich Energieversorger sich dumm und dämlich verdienen.

Wer zahlt? Einmal mehr die Haushaltskunden!

Schwarzgelb hat nun die EEG-Befreiungen der Industrie weiter gedreht.

Braunkohletagebaue in der Lausitz oder Massen-Geflügelschlachtereien werden auf dieser Grundlage befreit, bravo!

Dazu kommen Ermäßigungen bei Netzentgelten. Zudem wird die Industrie noch bis 2020 beim Emissionshandel beschenkt.

Das alles muss ein Ende haben! Es kann nicht sein, dass vor allem Jene die Energiewende bezahlen, die jeden Monat neu rechnen müssen, wie sie über die Runden kommen!

Wir LINKE wollen darum mit ein Sieben-Punkte Programm die Energiewende sozial machen. Die Privilegien sollen abgebaut werden.

Zudem fordern wir eine effektive Strompreisaufsicht und – wie schon gesagt - die Reduzierung der wirkungslosen Stromsteuer. Denn das EEG ist das Lenkungsinstrument für die Energiewende - das gilt es zu schützen!

Die Abwrackprämie für Energiefresser hat Katja Kipping schon im Sommer vorgeschlagen. Schön, dass jetzt die Grünen folgen.

Daneben müssen Stromsperrern verboten werden. Nicht zuletzt wollen wir mit unserem Sockelmodell beim Strompreis den Energieverbrauch nicht nur sozial gerechter, sondern auch ökologischer gestalten.

Neben den sozialen Themen geht es uns in Berlin aber auch darum, ökologische Blindstellen der Energiewende zu bekämpfen und Alternativen aufzuzeigen. Denn Energiewende ist mehr als Ökostrom.

Jede Energiewende wird scheitern, wenn sich nicht die Effizienz in der Erzeugung, Umwandlung und Anwendung von Energie drastisch erhöht und Energieabsolut eingespart wird.

Zentrale Themen bei Erzeugung und Umwandlung ist beispielsweise der Ausbau der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei der Anwendung ist die größte Baustelle der Gebäudesektor, auf den ein Drittel aller CO₂-Emissionen fallen. Zentral ist er übrigens auch im sozialen Sinne. Denn für die Raumwärme geben die Menschen doppelt so viel Geld aus wie für Strom. Die dringenden notwendigen Sanierungen werden aber meist weniger Energiekosten sparen, als Investitionskosten dafür umgelegt werden können.

Darum brauchen wir hier nicht 1,5, sondern mindestens 5 Mrd. Euro jährlich im Gebäudesanierungsprogramm.

Die größten offenen Fragen gibt es im Verkehrsbereich. Viele wissen es nicht: Der größte Primärenergieträger in Deutschland ist nicht Kohle oder Gas, sondern Mineralöl. Um eine nachhaltige Mobilität zu erreichen braucht es einen noch viel grundsätzlicheren Bruch als im Strombereich.

Denn es geht hier nicht nur um den Wechsel des Energieträgers. Es geht um eine völlig neue Mobilität. Weg vom Primat des motorisierten Individualverkehrs, hin deutlich mehr öffentlichen Verkehr.

Wer dagegen allein mit tonnenschweren Elektroautos oder gar mit Agrosprit den Verkehr umweltfreundlich gestalten will, hat wenig von Mobilität und Ressourcenschutz verstanden.

Gerade Agrosprit – also die Debatte Tank oder Teller – zeigt: Der Kapitalismus und die herrschende Politik hat hier jede Menge Scheinlösungen parat. Wir dürfen nicht auf sie hereinfliegen. Denn sie gehen zumeist zu Kosten der Lebensbedingungen von Menschen in anderen Ländern, auf Kosten der Biodiversität oder zu Lasten künftiger Generationen!

Ich komme zum Fazit.

Der Kampf für den Ausbau der Erneuerbaren, um Energieeinsparung und um soziale Gerechtigkeit in der Energiewende - mögen wie kleine reformistische Schritte wirken.

Aber zum einen sind sie nur ein Ausschnitt LINKER Politik. Zum anderen ist die Eine-Million-Dollar-Frage, wie man zu einer Gesellschaft ohne umweltbelastendes Wachstum kommt, und das auch noch gerecht, bislang von niemanden vernünftig beantwortet worden.

Vor allem aber ist linke Politik aus meiner Sicht mehr als entweder der große Umbruch im Sinne einer Revolution oder die kleine Verweigerung gegenüber dem Staat im Sinne des Anarchismus.

Ich möchte darum abschließend noch einmal Raul Zelik zitieren. Der kennzeichnet linke Politik nämlich anhand folgender Fragen:

„Trägt eine Reform, eine soziale Bewegung, eine Alltagspraxis dazu bei, die gesellschaftliche Kontrolle über Arbeit, Produktion, Verteilung, Konsum, Reproduktion, das gesellschaftliche Leben im Allgemeinen zu erweitern?“

Setzt sie der Kapitalverwertung Grenzen und drängt sie das stille Zwangsverhältnis unserer Gesellschaft ein Stück zurück?“

Und vor allem konkret: Setzt sie etwas in Gang, trägt sie dazu bei, dass Menschen sich organisieren, kritisch werden, ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen?“

Ich finde, in diesem Sinne sollte es eine zentrale Aufgabe der Linken sein, die Energiewende weiter voranzutreiben. Und zwar hin zu überwiegend dezentralen Strukturen, auf einer vollständig erneuerbaren und sparsamen Grundlage und selbstverständlich sozial gerecht.